

PUBLIC EYE MAGAZIN

Nr 2 November 2016

# Stevia

Die Guaraní fordern ihr Recht ein

**Public Eye**

 Erklärung von Bern

# Ein weltweites Echo



Raphaël de Riedmatten  
Redaktion

**Noch nie** hat eine Recherche unserer Organisation eine solche Resonanz gehabt wie «Dirty Diesel»: BBC, Le Monde, die New York Times oder Al Jazeera machten ebenso wie dutzende afrikanische Medien den Bericht der «Schweizer NGO Public Eye» zum Thema – den ersten Report, den wir unter unserem neuen Namen publiziert haben.

Unsere Enthüllungen haben eines erneut deutlich gemacht: Die freiwillige Selbstregulierung von Unternehmen verhindert menschenrechtswidrige und die Umwelt schädigende Praktiken nicht. Es braucht verbindliche Regeln für Unternehmen, wie sie die Konzernverantwortungsinitiative fordert, die wir – eine Allianz aus 80 NGOs – am 10. Oktober eingereicht haben!

Die Titelgeschichte unseres Magazins dagegen erzählt von einem Treffen, das abseits des Scheinwerferlichts stattfand – aber deshalb nicht weniger aussergewöhnlich war. Nach unserem Bericht zur Kommerzialisierung von Stevia vor einem Jahr haben sich in Paraguay über hundert Guaraní versammelt – um eine Erklärung zu verabschieden, in der sie die ihnen zustehende Beteiligung am Geschäft mit der süssen Pflanze einfordern. Kann Stevia vom klassischen Biopiraterie-Fall zu einem Vorzeigebispiel für einen gerechten Vorteilsausgleich werden? Wir werden uns weiter dafür einsetzen – und wieder darüber berichten.

Das neue Public Eye Magazin soll unsere Recherche- und Lobbyarbeit in einer journalistischen, ansprechenden und spannenden Weise aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten.

*R. de Riedmatten*

## Indigene fordern Konzerne

Die Guaraní in Paraguay und Brasilien erheben Anspruch auf ihr Stück am süßen Stevia-Kuchen. Unternehmen signalisieren Verhandlungsbereitschaft. Kommt ein fairer Deal zustande?

► Seiten 4 bis 9



## Initiative eingereicht

Die Konzernverantwortungsinitiative steht. Die Wirtschaft bezieht mit abenteuerlichen Argumenten dagegen Position, Experte Markus Mugglin ordnet die Initiative in die Geschichte von «Public Eye» ein.

► Seiten 10 bis 14



## Klinische Versuche

Unser Partner Ayman Sabae über das marode Gesundheitssystem seines Heimatlandes Ägypten – und die Risiken, dort Medikamente zu testen.

► Seiten 20 bis 22



### Weitere Themen

- 15 «Dirty Diesel» Riesige Resonanz auf unseren Bericht zum schmutzigen Treibstoffgeschäft
- 18 Unternehmenssteuerreform III Kein Schritt in die richtige Richtung
- 23 In eigener Sache Wechsel in der Geschäftsleitung von Public Eye



# Die Guaraní mobilisieren sich

Über hundert Guaraní verschiedener Stämme sind Anfang August in Paraguay zusammengekommen, um eine gerechte und ausgewogene Beteiligung an der kommerziellen Nutzung «ihrer» Stevia-Pflanze zu fordern. Verschiedene Firmen zeigen sich zu Gesprächen mit ihnen bereit.

LAURENT GABERELL

«Wir verurteilen, dass multinationale Firmen unser Wissen und unsere Biodiversität ausnutzen, indem sie Ka'a he'ë (Stevia rebaudiana) nutzen, kommerzialisieren und davon profitieren, ohne dass wir, die wahren Eigentümer, die Paí Tavyterá und die Kaiowá, konsultiert wurden.» So steht es in der Deklaration, die über hundert Guaraní im August bei einer Grossversammlung an der heiligen Stätte Jasuka Venda in Paraguay ausgearbeitet haben. Die indigenen Guaraní – die Kaiowá aus Brasilien und die Paí Tavyterá aus Paraguay – nutzen die Pflanze Stevia seit über 1500 Jahren zum Süssen ihres Mates, als Heilpflanze oder bei heiligen Zeremonien. Nun wollen sie nicht mehr länger dulden, dass Cargill, Coca-Cola, Pepsi oder Nestlé mit «ihrer» Pflanze, die sie Ka'a he'ë («süßes Kraut») nennen, Profit machen, während sie selbst verarmen und von ihren Ländereien vertrieben werden. Sie haben sich entschieden, ihr Stück am süßen Kuchen einzufordern.

## Die Schattenseite von Stevia

Die Diskussion um die Schattenseiten des Geschäfts mit Stevia begann vor einem Jahr, im November 2015, mit einem Bericht, den Public Eye zusammen mit anderen Organisationen veröffentlichte. Er zeigte: Die Kommerzialisierung von Stevia ist ein klarer Fall von Biopiraterie. Gemäss der UNO-Biodiversitätskonvention und des

Abkommens zu deren Umsetzung, dem Nagoya-Protokoll, müssten die Guaraní, welche die Süsse der kalorienfreien Pflanze entdeckt haben, einer kommerziellen Nutzung ihres traditionellen Wissens zustimmen und am Geschäft damit gerecht beteiligt werden. Doch sie wurden nie konsultiert, und bisher haben sie keinen Rappen gesehen.

Nach der Veröffentlichung des Berichts haben wir das Gespräch mit den Hauptproduzenten und -verwendern von steviabasierten Süsstoffen, sogenannten Steviolglykosiden, gesucht. Manche Zeichen sind ermutigend: Einige Firmen schweigen zwar und andere zaudern, aber mehrere Unternehmen zeigen sich auch bereit, mit den Guaraní gemäss Biodiversitätskonvention auf eine gerechte und ausgewogene Aufteilung der Vorteile, die sich aus der Nutzung von Stevia ergeben, hinzuarbeiten (siehe Seite 9).

## Auf zu den Guaraní

Im Mai dann haben wir uns nach Paraguay aufgemacht, um Vertreterinnen und Vertretern der Guaraní die ersten Rückmeldungen der Industrie zu präsentieren und zu diskutieren, welche Form der Beteiligung möglich wäre.

Ita Guazu, eine kleine, 300-köpfige Gemeinde im Nordosten Paraguays, liegt sechs Stunden Autofahrt

nordöstlich der Hauptstadt Asunción, nahe der brasilianischen Grenze. Erst ist die Strasse schnurgerade. Durch das Fenster sieht man Weideland, so weit das Auge reicht. In der Gegenrichtung befördern unzählige mit Soja beladene Lastwagen ihre Ware nach Argentinien, in den Hafen von Buenos Aires. Irgendwann biegen wir nach Osten ab, verlassen die asphaltierte Strasse. Ein Holzschild zeigt an, dass wir nun das Territorium der Guaraní erreicht haben. Hier wird die Landschaft erstmals grün. Ein schmaler Weg führt zwischen Bäumen auf einen Hügel. Da sind wir.

Hinter der Schule Ita Guazus spielen Kinder Volleyball. Die Frauen sind mit der Zubereitung von Guiso beschäftigt, einer Suppe aus Reis und Fleisch, die es zum Abendessen gibt. Eine Baseballkappe auf dem Kopf, den Blick in die Ferne gerichtet, trinkt Luis Arce,

das Oberhaupt der Gemeinschaft, vor seinem kleinen Strohhaus einen Mate. Unser Gastgeber ist auch der Beauftragte einer der grössten Guaraní-Organisationen der Region.

### Gefangen im Prekariat

Wir befinden uns im Zentrum des Stevia-Ursprungsgebiets, welches sich von der Bergregion Amambay bis in den Osten des Departements Mato Grosso do Sul auf der brasilianischen Seite erstreckt. Doch wild wachsende Stevia-Pflanzen sind heute nur noch in einigen wenigen Guaraní-Gebieten zu finden. Das Vorrücken von Monokulturen und Massentierhaltung seit den 1960er-Jahren hat ihr natürliches Habitat zerstört (siehe Seite 7).

Heute leben ungefähr 46 000 Guaraní Kaiowá auf der brasilianischen Seite der Grenze, rund 15 000





Guaraní Paí Tavyterá in 61 Gemeinschaften in Paraguay. Sie bewohnen nur einen winzigen Teil ihres ursprünglichen Territoriums, das früher hauptsächlich aus Wäldern

---

**Da man die Guaraní ihres Jagd-, Fisch- und Sammelgebiets beraubt hat, bleibt ihnen oft keine andere Wahl, als ihre Arbeitskraft unter prekärsten Bedingungen zu verkaufen.**

---

bestand. Nun leben sie in kleinen Gemeinschaften, eingeschlossen zwischen riesigen Haciendas und Soja- oder Zuckerrohrfeldern. Da man sie ihres Jagd-, Fisch- und Sammelgebiets beraubt hat, bleibt ihnen oft keine andere

Wahl, als ihre Arbeitskraft dort unter prekärsten Bedingungen zu verkaufen.

### **Die Hoffnung auf Land**

Bei unserer Sitzung zeigen sich die Paí Tavyterá und die beiden aus Brasilien angereisten Kaiowá entschlossen, ihre Rechte geltend zu machen. Die Guaraní sind realistisch: Sie wissen, dass sie die riesigen Landwirtschafts- und Nahrungsmittelkonzerne nicht mehr daran hindern können, Stevia zu kommerzialisieren. Nun erwarten sie zumindest eine Entschädigung – und zwar am liebsten in Form von Land.

Sie hoffen, dass sie im Falle einer Vereinbarung einen Teil ihres angestammten Landes, des Stevia-Ursprungsgebiets, zurückerhalten. Ironie der Situation:

# Wälder weichen Gentech- Soja und Massentierhaltung

Die Guaraní in Paraguay verlieren ihr Territorium vor allem aufgrund der exzessiven Expansion von Monokulturen und Rinderzucht.

In Paraguay kommen auf 6,5 Millionen Menschen 13 Millionen Stück Vieh. Riesige Flächen werden durch die extensive Rinderzucht beansprucht: 31 der 40 Millionen Hektar des Landes. Die Entwaldungsrate gehört zu den höchsten weltweit: In nur 40 Jahren hat das Land mehr als die Hälfte seines Waldbestands verloren.

### **Im Land des Roundup Ready**

Zurzeit ist zudem ein regelrechter Run auf Soja zu beobachten, das hohe Renditen abwirft. Die Monokulturen des «grünen Goldes» überwuchern bereits um die drei Millionen Hektar

der besten Böden des Landes. Praktisch immer handelt es sich um die Sorte Roundup Ready. Diese Sojabohne wurde von Monsanto mit einer Resistenz gegen das eigene Herbizid Roundup versehen – einem Unkrautvernichtungsmittel auf der Basis von Glyphosat, das von der WHO als «wahrscheinlich krebserregend» eingestuft wird. Mehr als 27 Millionen Liter Pestizide werden jährlich in Paraguay versprüht. Dies entspricht dem Fassungsvermögen von elf olympischen Schwimmbecken.

### **Sehr schlecht verteilt**

Der Löwenanteil des Gewinns aus Landwirtschaft und Viehzucht wandert in die Taschen einer Elite von Grundbesitzerinnen und -besitzern, welche das Land seit 1946 fast ununterbrochen regiert. Laut der Volkserhebung von 2008 monopolisieren 2 Prozent der Besitzerinnen

und Besitzer 85 Prozent der Böden: Paraguay ist diesbezüglich das Land mit der grössten Ungleichheit weltweit. Demgegenüber sind an die dreihunderttausend arme Bauernfamilien landlos, während tausende andere auf winzigen Parzellen überleben oder gezwungen sind, in die Elendsviertel der Hauptstadt auszuwandern.

### **Praktisch steuerbefreit**

Der Rest der Böden wird von einigen wenigen multinationalen Rohstoffhandelskonzernen, den berühmten ABCD (ADM, Bunge, Cargill und Dreyfus), in Beschlag genommen. Die Agrarindustrie ist praktisch steuerbefreit: Der Sektor generiert zwar 28 Prozent des BIP, aber nur 2 Prozent der Steuereinnahmen. Gleichzeitig lebt die Hälfte der Bevölkerung in Armut, 1,2 Millionen Menschen in extremer Armut. •



Kommt es zu Verhandlungen, werden die Guaraní Unternehmen gegenüberstehen, die für das für ihr Volk so verheerende Fortschreiten der Soja- und Zuckerrohrmonokulturen mitverantwortlich sind, beispielsweise Coca-Cola oder Cargill.

### Ein erster Schritt

Einige Wochen später, im August, kommt die grosse Versammlung, die Aty Guasu, mit mehr als hundert Anführerinnen und Vertretern verschiedener Paí Tavyterá- und Kaiowágemeinschaften zustande. Ein solches Treffen hat schon seit Jahren nicht mehr stattgefunden. Die Paí Tavyterá und die Kaiowá sind zwar durch familiäre Beziehungen miteinander verbunden, aber durch die Landesgrenze getrennt und führen normalerweise keine gemeinsamen politischen Aktionen durch. Doch nun verfassen sie zusammen die Erklärung, in der sie grundsätzlich «die Respektierung unserer Gebiete, unserer Weltanschauung, unserer Autonomie und unserer Autoritäten» fordern und spezifisch eine «ausgewogene und gerechte Aufteilung der Vorteile, die sich aus der Nutzung unseres traditionellen Wissens zu Stevia ergeben». Darüber hinaus beschliessen sie, dass sie den Prozess im Rahmen einer ständigen Versammlung weiterverfolgen werden. Offensichtlich messen sie der Angelegenheit eine hohe Bedeutung zu.

Es liegt noch ein langer Weg vor ihnen, doch die Guaraní haben einen entscheidenden Schritt getan: Sie fordern ihre Rechte ein und organisieren sich für deren Geltendmachung. Nun werden sie gemeinsam definieren

müssen, welche konkreten Forderungen sie aufstellen, wer diese vertritt und an wen sie sie richten. Das Ziel ist es, dass in einem Jahr Verhandlungen mit Unternehmen aufgenommen werden können. Public Eye wird den Guaraní weiterhin und während des ganzen Prozesses Unterstützung anbieten. ■



### Neuer Bericht und Petition

Eben haben wir einen neuen Bericht veröffentlicht, der die ersten Ergebnisse unserer Gespräche mit Unternehmen, die Forderungen der Guaraní und relevante Entwicklungen des rechtlichen Rahmens zusammenfasst. Und zusammen mit unserer Partnerorganisation SumOfUs haben wir eine Petition lanciert, die von Coca-Cola verlangt, dass das Unternehmen mit den Guaraní eine faire Vereinbarung über deren Beteiligung an der Kommerzialisierung von Stevia aushandelt.

Erfahren Sie mehr und unterschreiben Sie unsere Petition unter:  
[www.publiceye.ch/stevia](http://www.publiceye.ch/stevia)

# Unternehmen sind bereit zu Verhandlungen

Public Eye hat Kontakt zu den Hauptproduzenten steviabasierter Süsstoffe und damit gesüster Produkte aufgenommen. Die ersten Ergebnisse machen Mut.

Welche Firmen sind bereit, die Guarani in fairer Weise am Gewinn mit steviabasierten Süsstoffen zu beteiligen? Einige Unternehmen wie Unilever oder Ricola sind überhaupt nicht auf unsere Anfrage eingegangen. Andere, Coca-Cola oder Pepsi beispielsweise, haben geantwortet – dass sie nicht beabsichtigten, unsere Fragen zu beantworten. Es gab aber auch zahlreiche positive Rückmeldungen, gerade aus der Schweiz.

Die Firma Evolva mit Sitz in Basel, die mit Cargill zusammenarbeitet, um mittels synthetischer Biologie Steviolglykoside herzustellen, ist bereit, «mit den Guarani in

einen Dialog über die Vorteilsaufteilung im Sinne der Biodiversitätskonvention zu treten».

## Nestlé klärt ab

Auch verschiedene Nestlé-Produkte enthalten Steviolglykoside. Der Konzern gibt an, er unterstütze vollumfänglich das Prinzip des gerechten und ausgewogenen Vorteilsausgleichs bei der Nutzung genetischer Ressourcen, wie es in der Konvention zur Biodiversität festgeschrieben sei, und prüfe gegenwärtig die Möglichkeiten eines weiteren Engagements in diesem Bereich.

Auch Migros signalisiert, man befürworte das Prinzip der Vorteilsaufteilung mit den indigenen Völkern und den Ursprungsländern. Der Detailhändler hat sich ausserdem dazu bereit erklärt, den spezifischen Fall der Steviolglykoside direkt mit seinen Lieferanten zu diskutieren.

Des Weiteren zeigt sich auch die Schweizer Getränkefirma Goba kooperationsbereit und willens, den Grundsatz der Vorteilsaufteilung mit den Guarani umzusetzen. Ebenso wie der Schokoladenhersteller Stella Bernrain, der seinen Willen kundtut, mit Lieferanten zusammenzuarbeiten, die ihre Rohstoffe aus den Herkunftsländern beziehen und ihren Nutzen mit den Guarani teilen.

## Wir bleiben dran

Auf internationaler Ebene sind wir weiterhin im Gespräch mit einigen der grössten Produzenten von Steviolglykosiden und damit gesüster Produkte. Unser Ziel ist es, erste Unternehmen zusammenzubringen, die bereit sind, mit den Guarani eine Vereinbarung über eine ausgewogene und gerechte Vorteilsaufteilung auszuhandeln. Natürlich hoffen wir, dass sich in der Folge weitere Konzerne der Übereinkunft anschliessen. ■

Die Guarani möchten sich mit den Unternehmen an einen Tisch setzen – und eine Vereinbarung unterzeichnen.



# Initiative steht: Die Debatte ist lanciert

Ein grosser Schritt ist gemacht: 120 000 beglaubigte Unterschriften sind eingereicht, die Schweiz wird über die Konzernverantwortungsinitiative abstimmen. Und auch die Gegner haben sich bereits in Stellung gebracht: mit Falschinformationen und Angstmache.

## ANDREAS MISSBACH

Am 10. Oktober war es soweit: Gegen 200 Personen übergaben auf der Bundesterrasse die Schachteln mit den 120 000 beglaubigten Unterschriften für die Konzernverantwortungsinitiative. Public Eye steuerte, dank unseren Mitgliedern – Ihnen – und unseren Regionalgruppen, über einen Viertel dazu bei.

---

**Es ist ein gutes Zeichen, dass die Konzernverantwortungsinitiative offensichtlich ernst genommen und als gefährlich eingeschätzt wird.**

---

Bereits in der Woche vor der Einreichung hielten Economiesuisse und Swissholdings, der Verband der Schweizer Konzerne, eine Medienkonferenz zu unserer Initiative ab. Es ist sehr ungewöhnlich, dass sich die Gegnerinnen und Gegner so früh in Stellung bringen. Und es ist ein gutes Zeichen, dass die Konzernverantwortungsinitiative offensichtlich ernst genommen und als gefährlich eingeschätzt wird. Die frühe Positionierung zeigt uns, wie die Wirtschaftslobbies auf die Forderung nach mehr Konzernverantwortung reagieren: durch Verdrehung, Falschinformationen und Angstmache.

### Falsche Vorwürfe...

Economiesuisse behauptet etwa, die Initiative verlange extrem strenge Haftungsbestimmungen. Konzerne müssten weltweit für Schäden in ihrer Lieferkette haften, also

auch für Lieferanten und Unterlieferanten, auf die sie nur beschränkten Einfluss haben. Der Initiativtext sagt etwas anderes: Konzerne haften nur für Schäden, die von ihnen kontrollierte Unternehmen verursacht haben. Die Pflicht zur Sorgfaltsprüfung hingegen erstreckt sich über die ganze Lieferkette, so wie das auch die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte vorsehen.

Noch dreister ist der Vorwurf, die Initiative würde die Unschuldsvermutung als zentrales Element des Rechtsstaates ausser Kraft setzen. Hier vernebelt Economiesuisse gleich die ganz grossen Kategorien: Das Prinzip der Unschuldsvermutung stammt aus dem Strafrecht, die Initiative betrifft aber das Zivilrecht, genauer das Haftpflichtrecht. «Das weiss jeder Jura-Studierende im ersten Semester», sagte der Tessiner Alt-Ständerat Dick Marty (FDP) an der Medienkonferenz zur Einreichung.

Ebenso aus der Luft gegriffen ist der Vorwurf, die Initiative würde anderen Ländern Schweizer Recht aufzwingen. Denn die Konzernverantwortungsinitiative bezieht sich einzig auf international anerkannte Menschenrechte und Umweltstandards.

### ... und die Angstkarte

Gemäss der Wirtschaftslobby tun Schweizer Konzerne viel Gutes, und wenn es doch einmal ein Problem geben sollte, so kennt sie nur ein Mittel: freiwillige «Corporate Social Responsibility»-Massnahmen. Public Eye machte mit der «Dirty Diesel»-Kampagne die Probe aufs Exempel, indem wir ein offensichtlich illegitimes Geschäftsmodell



© Martin Bichsel

Eingereicht! 120 000 Unterschriften, damit Schweizer Qualität künftig auch für verantwortungsvolles Handeln steht.

### Mehr verbindliche Konzernverantwortung

## Die Initiative liegt im internationalen Trend

Elemente einer Sorgfaltsprüfungspflicht sind in einigen Ländern bereits gesetzlich verankert, so im US-amerikanischen Gesetz über Konfliktmineralien oder in der EU-Holzhandelsverordnung. In Frankreich geniesst eine Vorlage für eine umfassende Sorgfaltsprüfungspflicht für grosse Firmen die Unterstützung der Regierung. Das Ge-

schäft befindet sich zurzeit noch im parlamentarischen Prozess. 2016 verabschiedete der Europarat Empfehlungen, welche die Staaten auffordern, Sorgfaltsprüfungen, wo angemessen, verbindlich zu machen und in bestehendes nationales Recht zu integrieren. Und diesen Sommer haben acht nationale Parlamente von EU-Mit-

gliedstaaten die Europäische Kommission dazu aufgefordert, auf EU-Ebene eine Sorgfaltsprüfungspflicht für Unternehmen einzuführen. Nicht zuletzt befördert auch die Konzernverantwortungsinitiative diese internationale Dynamik, wie sich in unseren Netzwerken zeigt, in denen die Debatte in der Schweiz auf grosses Echo stösst.

aufdecken und an die Verantwortung von Trafigura und Co. appellierten, auf die Produktion und den Verkauf von gesundheitsschädigenden Treibstoffen in Afrika zu verzichten. Die ersten Reaktionen lassen leider einmal mehr darauf schliessen, dass die Verantwortung dieser Unternehmen dort endet, wo ihre Profite etwas kleiner werden könnten.

Und natürlich wird auch dieses Mal wieder, wie zuletzt gegen die Initiative für eine Grüne Wirtschaft, die Angstkarte gezogen. Die Konzernverantwortungsinitiative führe zu einem «enormen volkswirtschaftlichen Schaden», und die KMU – obwohl klar nicht im Zentrum der Initiative – würden besonders leiden. Diese Karte ist uralt: Bereits gegen das erste Fabrikgesetz in der Schweiz von 1877 argumentierten Industrielle, es würde die Schweizer Industrie ruinieren, weil es verbot, dass Kinder unter 14 Jahren in Fabriken arbeiten ...

#### «Chance für den Wirtschaftsstandort»

Ganz anders tönte es an der Medienkonferenz zur Einreichung unserer Initiative. «Die Initiative ist im Interesse unseres Landes. In der Wirtschaftswelt wird das Image zu einem extrem wichtigen Wert», sagte Dick Marty. Für einmal hätten wir die Chance, bei einer internationalen Entwicklung in Richtung Sorgfaltspflichten für Unternehmen vorne mitzumischen. Mit Jacques Zwahlen, dem ehemaligen Geschäftsführer des Versandhandelsunternehmens Veillon, und Samuel Schweizer von Schweizer Metallbau, einem grossen KMU mit über 500 Mitarbeitenden, belegten zwei Unternehmer, dass die Schweizer Wirtschaft nicht nur aus Economiesuisse und Swissholdings besteht. Samuel Schweizer sagte: «Ich sehe die Initiative eindeutig als Chance für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Wenn alle Unternehmen eine Sorgfaltsprüfung vornehmen müssen, werden sich innerhalb der Branchen rasch Lösungen finden. Die Einhaltung der Standards würde viel einfacher, weil alle einer minimalen Sorgfaltspflicht unterlägen.»

In den nächsten zwei bis drei Jahren bis zur Abstimmung geht es darum, der prall gefüllten Kasse und der Angstmache der Wirtschaftslobby die Mobilisierungskraft der grössten zivilgesellschaftlichen Koalition, die jemals eine Initiative lanciert hat, und die Kraft der besseren Argumente sowie einer positiven Botschaft entgegenzusetzen. Gemeinsam wird uns das gelingen. ■

Bei der Einreichung: Alt-Ständerat Dick Marty (FDP), Unternehmer Samuel Schweizer und Rahel Ruch, Koordinatorin der Initiative (v. o.).



# Von den Multi-Papers zu Dirty Diesel

Von der «Erklärung von Bern» zu «Public Eye» – über die Globalisierung der globalisierungskritischen Bewegung und die Veränderungen in den Auseinandersetzungen zwischen NGOs und Konzernen.

**MARKUS MUGGLIN**

Es ist ein langer und zugleich nur kurzer Weg zwischen einst und heute. Zwischen den von der Erklärung von Bern vor bald 40 Jahren publizierten Multi-Papers mit dem Titel «Die Unterwanderung des UNO-Systems durch multinationale Konzerne» und der neusten Recherche «Dirty Diesel» über den Vertrieb von stark schwefelhaltigen und damit gesundheitsgefährdenden Treibstoffen durch Schweizer Rohstoffhandelsfirmen in Westafrika.

Ein kurzer Weg, weil sich die Erklärung von Bern bzw. Public Eye damals wie heute mit den Grossen und Mächtigen anlegt. Die Organisation hält sich offensichtlich an ihr damals abgegebenes Versprechen: «Die Auseinandersetzung mit den Multis muss weitergehen.»<sup>1</sup>

---

**Der Name Public Eye ist überall verständlich. Das Provinzielle, das sich im bisherigen Namen ausgedrückt hatte, aber nie die Realität spiegelte, wird entsorgt.**

---

Ein langer Weg trotzdem, weil die Liste der Multis, auf die sich die Anklagen richten, nicht nur lang

ist. Die Beobachtung ist vielfältiger und erfolgt systematischer. Ob es um Pharma und Patente geht oder um Agrarhandel und Saatgut, ob um intransparente Geschäftspraktiken im Rohstoffhandel oder schlimme Bedingungen in Kleiderfabriken – die Konzernwelt weiss inzwischen, dass sie es mit zähen Widersachern zu tun hat.

## Der Name ist Programm

Public Eye – der neue Name der Organisation ist offensichtlich Programm. Das Auge schaut genau hin, deckt auf, macht publik und zu gemeinsamer Sache, was es entdeckt hat. Im Zeitalter des Internets und der Sozialen Medien meint «public» globale Öffentlichkeit.

Die Namensänderung von Erklärung von Bern zu Public Eye vollzieht nach, was sich über die Jahre verändert hat. Die Strategie ist weniger breit angelegt und stärker fokussiert. Die «Marke» soll unverkennbar sein. Man lernt von seinen Gegnern und deren Marketing-Methoden. Sind das Überlegungen, die ebenfalls die Namensänderung beeinflusst haben? Ist das gut oder verwerflich? Der Name Public Eye wirkt auch als Reaktion auf die Globalisierung. Er ist überall verständlich. Das Provinzielle, das sich im bisherigen Namen ausgedrückt hatte, aber nie die Realität spiegelte, wird entsorgt.

Die Erklärung von Bern war wie die gesamte Entwicklungsszene seit jeher international ausgerichtet. Thematisch ist es gar nicht anders möglich. Auch die Wirkung war nie nur national begrenzt. Schon das Echo auf die Multi-Papers soll in-

ternational «überwältigend» gewesen sein.<sup>2</sup>

## Globalisierte Kritik

Doch die Globalisierung der globalisierungskritischen Szene hat sich seit der Jahrtausendwende herausgebildet. Es sind weltweite Bündnisse am Werk. Sie fordern die konsequente Umsetzung der 2011 beschlossenen UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und nehmen Einfluss auf die Verhandlungen über eine rechtlich verbindliche UNO-Konvention für Konzerne. Sie wachen darüber, wie die multinationalen Unternehmen die OECD-Leitsätze zu Arbeitsbedingungen, Sozialstandards, Umweltzielen und Korruption einhalten und haben Konzepte gegen Steuerflucht und Steuervermeidungspraktiken vorgelegt, bei denen sich die Grossmächte seit der grossen Finanzkrise



Markus Mugglin, geboren 1947, ist Journalist und Ökonom mit Spezialisierung auf internationale Wirtschafts- und Entwicklungsfragen. Bis zu seiner Pensionierung arbeitete er 25 Jahre lang für Radio SRF.

von 2008 bedienen und sie teilweise auch umsetzen. Oder sie machen Druck auf die grossen Kleiderketten, damit diese ihrerseits die Fabrikanten in den Billiglohnländern unter Druck setzen für grössere Sicherheit in den Fabrikhallen.

Fast überall wirkt Public Eye mit – und darüber hinaus noch bei weiteren internationalen Netzwerken. Nicht nur Amnesty International, Greenpeace oder WWF mit ihren nationalen Ablegern sind international organisiert. Auch viele einst lokal und national entstandene Organisationen arbeiten in globalen Netzwerken.

Zur Globalisierung der NGO-Szene gehört auch, dass nationale Organisationen ihre eigenen Kampagnen fahren, die ihrerseits der Nährboden für international koordinierte Aktionen werden. So geschehen beim Thema Rohstoffhandel. Die Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor (EITI) befasste sich nur mit den Finanzflüssen zwischen Rohstofffirmen und rohstofffördernden Ländern. Die Handelsfirmen dazwischen blieben unbehelligt – und damit die Rolle des bei manchen Produkten weltweit führenden Rohstoffhandelsplatzes Schweiz.

Die Recherchen und das Lobbying der Erklärung von Bern (zum Teil in Zusammenarbeit mit Swissaid und dem New Yorker Natural

Resource Governance Institute) haben die Lücke gefüllt. Die Rolle der Schweiz bleibt seither nicht mehr verborgen. Auf internationalen Foren wird sie zum Thema. Der Bundesrat muss sich nicht mehr nur hierzulande kritischen Fragen stellen. Denn das Geschäft mit Rohstoffen ist heikel. Es haftet ihm der Ruf des Fluches an, dass es nur wenige reich und sogar sehr reich macht. Zu den wenigen gehören auch die aus der Schweiz heraus operierenden Firmen. Der Reputation des Landes bekommt das nicht gut.

### Freiwillig oder bindend

Doch trotz mancher Veränderungen drehen sich die Diskussionen zwischen der Wirtschaft und den NGOs noch immer um die gleichen Fragen wie vor vierzig Jahren. Braucht es staatliche und gar internationale Regulierungen, welche die Unternehmen zur Respektierung der Menschenrechte bindend verpflichten? Oder sollen Appelle und Empfehlungen genügen? Bereits 1977 präsentierte eine UNO-Arbeitsgruppe einen rechtlich verbindlichen Verhaltenskodex für multinationale Unternehmen. Das Vorhaben scheiterte. Um die Jahrtausendwende folgte mit dem Titel «UNO-Normen» ein nächster Versuch – mit selbigem Ausgang. Seit 2014 läuft im Rahmen des UNO-Menschenrechtsrates das Projekt einer rechtlich verbindlichen Konvention. 2017 soll ein Entwurf vorliegen. Die Auseinandersetzung mit den bekannten Frontlinien zwischen Nord und Süd sowie den NGOs auf Seiten der Entwicklungsländer dürfte also schon bald in eine neue – und womöglich entscheidende – Phase übergehen.

Natürlich betreiben Wirtschaftskreise auch jetzt ihr Lobbying gegen das Konventionsprojekt. Eine Publikation, die das aufdeckt, ist aber keine Sensation mehr wie damals die «Multi-Papers». Die

NGOs blicken nun regelmässig hinter die Kulissen und machen ihre Beobachtungen publik. Sie legen die intensiven Beziehungen zwischen Wirtschaftskreisen und der EU-Kommission für das heftig umstrittene Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) offen, die engen Bande zwischen der UNO und global tätigen Wirtschaftsakteuren, privatwirtschaftliche Einflussnahmen auf die Klimaverhandlungen, enge Verbindungen zwischen privaten Stiftungen und der Weltgesundheitsbehörde WHO.

### Hoch gestecktes Ziel

Alte Fragen und alte Fronten also. Und doch hat sich viel verändert. Neue Steuerregeln werden eingeführt, viele Geldflüsse im Rohstoffgeschäft offengelegt, nachhaltiges Investieren bahnt sich (langsam) einen Weg aus der Nische, Unternehmen anerkennen, dass sie der Schutz der Menschenrechte etwas angeht.

Ob dies genügt? Aus Sicht der NGOs nicht. Berichte über skandalöse Zustände machen wieder und wieder ihre Skepsis verständlich. Deshalb streben sie nach mehr. Dafür steht ihre «Konzernverantwortungsinitiative». Sie will den Schutz der Menschenrechte durch Unternehmen gesetzlich verankern.

Damit tritt die Auseinandersetzung um verbindliche statt nur freiwillige Regeln in eine neue Phase. Es ist, als ob die NGOs die Formel «it's the economy, stupid», die auf den erfolgreichen Wahlkampf Bill Clintons 1992 zurückgeht, zu «it's the policy, stupid» umkehren möchten. Statt über einzelne Kampagnen wollen sie die Konzerne über neues Recht in die Pflicht nehmen. Das Ziel ist offensichtlich hoch gesteckt. ■

<sup>1</sup> Annemarie Holenstein, Regula Renschler, Rudolf Strahm: Entwicklung heisst Befreiung, 2008, Seite 164.

<sup>2</sup> Annemarie Holenstein et al., a. a. O.

#### Konzerne unter Beobachtung

### Buch bestellen

Im Oktober ist das Buch «Konzerne unter Beobachtung – Was NGO-Kampagnen bewirken können» von Markus Mugglin erschienen.



Das 208-seitige Werk kann für 29 Franken (22 Franken für Mitglieder) per beiliegender Antwortkarte oder im Shop von Public Eye bestellt werden.  
[publiceye.ch/shop](http://publiceye.ch/shop)

# Recherche und Kampagne zeigen Wirkung

Dank massivem Medienecho auf den Mitte September publizierten Report unterschrieben gegen 20 000 Menschen unsere Forderung nach sauberem Treibstoff für Afrika. In Ghana hat die Kampagne bereits politische Folgen: Die Schwefelstandards werden drastisch gesenkt!





## OLIVER CLASSEN

Manchmal ist die Zeit wohl einfach reif für ein bestimmtes Thema, einen eigentlich lange schon in der Luft liegenden Skandal. Anders ist das riesige Echo kaum zu erklären, auf welches unsere Grossrecherche über das trübe Treibstoff-Business der Schweizer Rohstoffhandelsfirmen hierzulande, in Europa und vor allem auch in Afrika gestossen ist. Der via Facebook mehr als 3000-fach geteilte Primeur des Guardian zum Kampagnenstart markierte den Beginn einer Reihe detaillierter Berichte in Top-Titeln wie Le Monde, Financial Times oder New York Times. Unterstützend wirkte hier sicher unsere Kooperation mit der renommierten Londoner Fotoagentur Magnum. Einzelne Redaktionen widmeten deren Dreckluft-Sujets ganze Bildgalerien. Von hier sprang der Funke auf andere nationale Leitmedien über – in Grossbritannien, den Niederlanden oder auch in der Schweiz, wo die skandalöse Geschäftspraxis unter anderem durch ausführliche TV-Reportagen in der Rundschau und der RTS-Sendung Temps Présent bekannt wurde.

### Grosser Erfolg in Ghana

Aber auch die Schlagzeilen von BBC oder Al Jazeera verblassen neben der zum Teil wochenlangen flächendeckenden Berichterstattung in den seit Jahrzehnten unter «Dirty Diesel»-Emissionen leidenden Ländern. In Nigeria, der Elfenbeinküste, Mali oder Senegal war und ist die Empörung über die gesundheitsschädigenden Schwefelwadern und die dafür Verantwortlichen gross. Die erst von Journalistinnen und dann auch von Volksvertretern formulierten Fragen richteten sich dabei sowohl an die ausländischen Rohstoffkonzerne wie auch an die eigenen Regierungen. In Ghana, einem Fokusland unserer gemeinsam mit regionalen Organisationen durchgeführten

Kampagne, hält das Thema die Öffentlichkeit seit zwei Monaten in Atem. Und der stetig steigende Mediendruck hat politische Konsequenzen: Am Rande eines Workshops zur Verbesserung der Treibstoffqualität haben die zuständigen Behörden angekündigt, den Schwefel-Grenzwert für Importe ab 2017 von bisher 3000 ppm (parts per million; Millionstel) auf 50 ppm zu senken. Das ist ein

---

**Unterstützung erhalten wir auch vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), dessen Exekutivdirektor Erik Solheim das Geschäft mit minderwertigem Treibstoff als «inakzeptabel» bezeichnete.**

---

riesiger Kampagnenerfolg. Doch zusammen mit unseren Partnerorganisationen kämpfen wir weiter für schärfere Standards auch in anderen westafrikanischen Ländern. Unterstützung erhalten wir dabei auch vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), dessen Exekutivdirektor Erik Solheim das Geschäft mit minderwertigem Treibstoff als «inakzeptabel» bezeichnete.

### «Schwerwiegender Skandal»

In den Niederlanden lösten die (für viele Menschen offenbar neuen) Fakten zur stark in Rotterdam und Amsterdam konzentrierten Produktion von toxischen Treibstoffen sowie zu deren Export nach Afrika politische Proteste aus. Für die holländische Handelsministerin Lillianne Ploumen ist das nach örtlichen Gesetzen zwar legale, aber illegitime Geschäftsmodell der Rohstoffhandelsfirmen «ein schwerwiegender Skandal». Auch der

Schweizer Bundesrat musste wieder einmal Stellung zu dieser Problembranche beziehen. In ihrer Antwort auf eine Anfrage der Genfer Nationalrätin Lisa Mazzone (Grüne) stellte die Landesregierung klar, dass hier domizilierte Unternehmen ihre soziale Verantwortung so wahrnehmen müssen, wie es die UNO-Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte vorsehen. Demnach müssen ausländische Firmen in Staaten, deren Umwelt- und Gesundheitsstandards die Einhaltung der Menschenrechte nicht gewährleisten, bei ihren Aktivitäten eine über die dort geltenden Gesetze hinausgehende Sorgfaltspflicht anwenden.

### Uneinsichtige Industrie

Doch was tut der Genfer Rohstoffkonzern Trafigura, dessen CEO Jeremy Weir von gegen 20 000 Unterzeichnenden per Petition aufgefordert wurde, seinem Anspruch auf Führerschaft im Bereich soziale Verantwortung endlich Taten folgen zu lassen und auch in Afrika nur noch Treibstoff zu verkaufen, der europäischen Standards genügt? Er versteckte sich in seinen dürren Stellungnahmen erst hinter dem luschen afrikanischen Raffine-

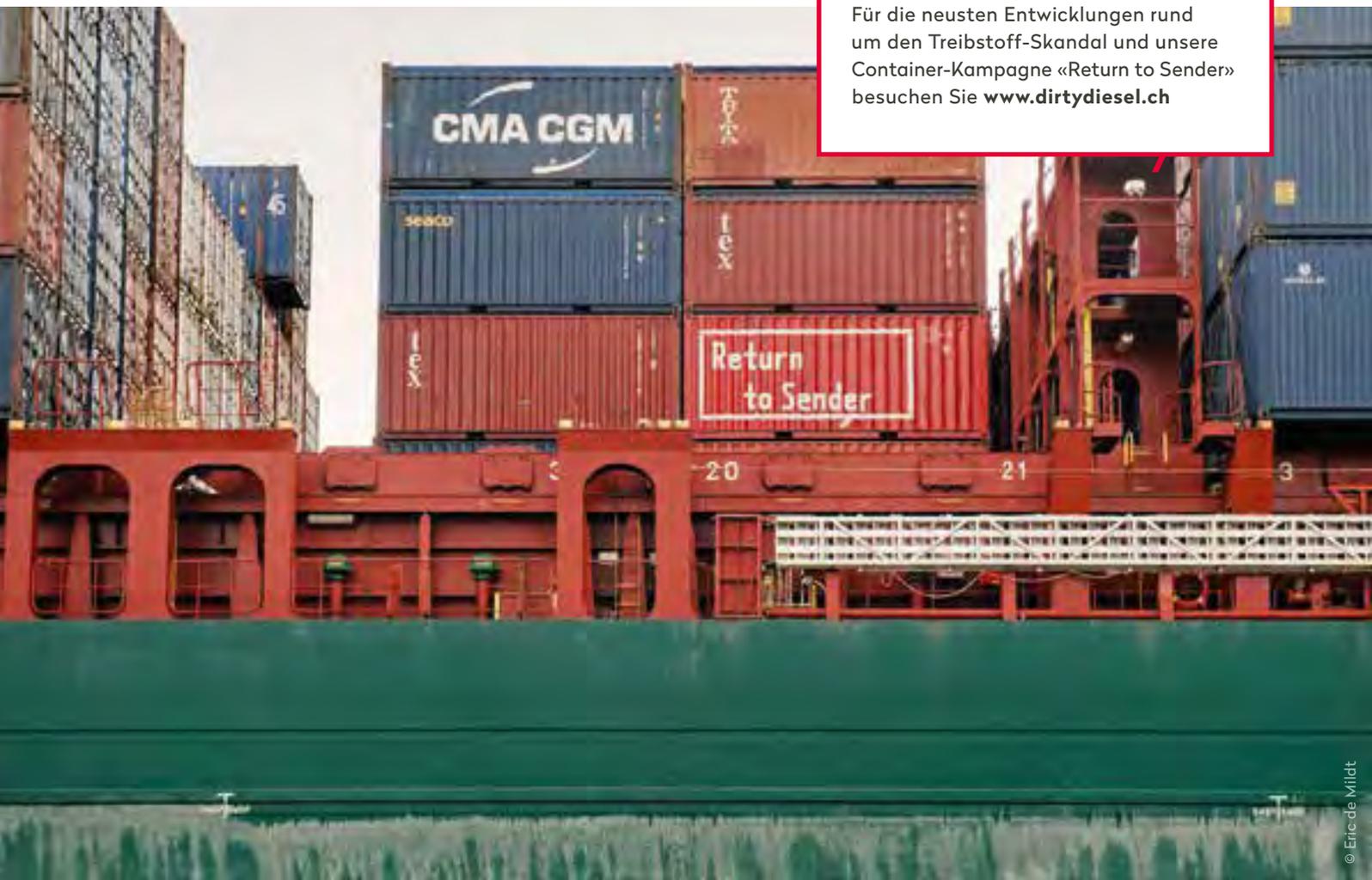
Der mit schmutziger Luft gefüllte Container, den wir zusammen mit unseren afrikanischen Partnern an Trafigura lieferten, im Hafen von Antwerpen.

rieverband. Und dann, wenig überraschend, hinter der Einhaltung der schwachen staatlichen Standards in den betroffenen Ländern. «Die schlechte Luftqualität in afrikanischen Städten ist ein Problem, das Massnahmen von den Regierungen erfordert», teilte Trafigura mit. Gelebte Unternehmensverantwortung sieht definitiv anders aus. Die Reaktion von Vitol, dem anderen Schwergewicht im schmierigen afrikanischen Treibstoffgeschäft, ist ebenso frei von Argumenten und dazu noch deutlich aggressiver. Der umsatzstärkste Schweizer Konzern nannte den von neutralen Fachleuten wie Medienschaffenden hoch gelobten «Dirty Diesel»-Report «ein höchst wirksames Stück Propaganda» und verstieg sich sogar zur absurden Behauptung, dass die Firmen die Qualität ihrer Produkte gar nicht selbst kontrollieren könnten. •

### Container für Trafigura

Am 7. November – nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe – wollten wir Trafigura-CEO Weir in Genf die Petition übergeben – zusammen mit einem Container voller dreckiger Luft aus Ghana. Wir wissen nicht, ob man uns die Türe öffnen wird.

Für die neusten Entwicklungen rund um den Treibstoff-Skandal und unsere Container-Kampagne «Return to Sender» besuchen Sie [www.dirtydiesel.ch](http://www.dirtydiesel.ch)



A surreal street scene featuring large, colorful, reflective spheres of various sizes (orange, yellow, green, blue, red) floating in the air. In the foreground, a mannequin in a bright red dress stands on a sidewalk. A bicycle with a white bag is parked nearby. The background shows a city street with buildings and a red car. The overall atmosphere is dreamlike and artistic.

# Neue Steuer- geschenke statt Kurswechsel

© Carl de Keyser/Magnum

Die Schweiz bietet multinationalen Unternehmen sehr vorteilhafte Steuerbedingungen. Unter dem Vorwand, den zu laxen Steuerregelungen ein Ende zu setzen, schafft die dritte Unternehmenssteuerreform neue Möglichkeiten der Steueroptimierung. Public Eye unterstützt das Referendum gegen dieses abermalige Geschenk an die Giganten der Wirtschaft.

## OLIVIER LONGCHAMP

2009 veröffentlichte die Prüfungsgesellschaft Arthur D. Little eine Studie zur Standortverlagerung multinationaler Unternehmen, welche die Magnetwirkung der Schweiz ungewohnt deutlich aufzeigte: Zwischen 2003 und 2009 haben 269 Firmen ihr Hauptquartier in die Schweiz verlegt, mehr als in irgendein anderes Land der Welt.<sup>1</sup> Das liegt in erster Linie an den vorteilhaften Steuerbedingungen. Seit einem Jahrhundert schneiden die Schweizer Behörden die Gesetzgebung so zurecht, dass multinationalen Konzernen Steuererleichterungen

ermöglicht werden. Eines der wichtigsten Instrumente dafür sind bislang die «speziellen» kantonalen Steuerprivilegien, die Unternehmen eine Tiefstbesteuerung ihrer im Ausland erzielten Gewinne erlauben. Mit der Unternehmenssteuerreform III sollen diese besonderen Steuerregime nun abgeschafft werden. Doch zu welchem Preis?

### **Viel Gewinn, wenig Steuern**

Der Schweizer Steuerpolitik liegt die allgemeine Philosophie zugrunde, aus der Ansiedlung von Unternehmen, die

Steuern sparen wollen, eine der Säulen des schweizerischen Wirtschaftsmodells zu machen. Diese Philosophie prägte die beiden bisherigen Unternehmenssteuerreformen – mit spektakulären Ergebnissen. Statistiken der Bundesbehörden zufolge sind die Gewinne von Firmen mit kantonalem Steuerstatus heute höher als diejenigen ordentlich besteuerten Unternehmen – doch Kantone und Gemeinden sehen nur wenig von diesem Geld. Zwischen 2008 und 2010 haben etwa im Kanton Waadt die speziell besteuerten Firmen einen durchschnittlichen jährlichen Gewinn von insgesamt 16 Milliarden Franken deklariert, aber «nur» 204 Millionen an Kanton und Gemeinden abgeliefert. Im Gegensatz dazu bezahlten die ordentlich besteuerten Unternehmen 653 Millionen Franken Steuern – obwohl sie «nur» vier Milliarden erwirtschafteten.<sup>2</sup>

### Die guten Dienste der Schweiz

In den vergangenen Jahren deckten mehrere Studien die Strategien von Unternehmen wie Amazon, Apple, Coca-Cola, eBay oder Starbucks auf, welche die gesetzlichen Schwachstellen nutzen, um ihren Gewinn in Steuerparadiese abzuführen. Die Schweiz spielt dabei eine zentrale Rolle. Den Preis dafür bezahlen die Steuerpflichtigen jener Staaten, in denen die Steuereinnahmen unterschlagen werden. Oft sind das Länder des Südens, wie etwa in den Fällen des brasilianischen Bergbauunternehmens Vale oder des Brauereikonzerns SABMiller. Allerdings hat die Toleranz für solche Konstrukte seit der Finanzkrise 2008 stark abgenommen. Es wurden, namentlich seitens der EU, Initiativen zu deren Beschränkung lanciert, damit die unterschlagenen Millionen zurück in die Staatskassen fliessen. Erst unter Druck hat die Schweiz nun mit dem dritten Reformprojekt der Unternehmenssteuer, welches vom Parlament am 17. Juni 2016 angenommen wurde, die Abschaffung des kantonalen Steuerstatus in die Wege geleitet.

### Schein-Veränderung

Nur: Auch diese dritte Reform folgt der Philosophie des Steuerkannibalismus. Die auf internationaler Ebene unvertretbar gewordenen steuerlichen Sonderregelungen werden zwar abgeschafft. Doch getreu der Strategie, alles daran zu setzen, dass sich nichts verändert, ersetzt man sie durch neue Lücken, die es (in erster Linie multinationalen) Unternehmen weiterhin erlauben, munter Steueroptimierung zu betreiben. Eine der wichtigsten Neuerungen ist die Schaffung eines Steuerabzugs für Schuldzinsen auf «fiktives» Eigenkapital. Schon heute können Unternehmen – wie Private – Schuldzinsen ihrer Kredite vom Gewinn abziehen und so ihre Steuern senken. Neu sollen die Unternehmen nun auch auf ihr Eigenkapital jene Schuldzinsen geltend machen können, die sie bezahlen müssten, wenn sie dafür auf Kredite hätten

zurückgreifen müssen. Diese Kosten sind fiktiv, weil die Unternehmen niemandem Zinsen auf ihr Eigenkapital zahlen müssen. Diese eine Massnahme würde alleine den Bund schätzungsweise 220 Millionen Franken kosten.

Das Eidgenössische Finanzdepartement schätzt die Gesamtkosten der Reform für die öffentliche Hand auf 2,5 Milliarden Franken – ohne Berücksichtigung der

---

**Die dritte Unternehmenssteuerreform muss in dieser Form abgelehnt werden: Es ist an der Zeit, endlich mit der Politik des Steuerkannibalismus zu brechen.**

---

kantonalen Steuerausfälle. Um den Wegfall des kantonalen Steuerstatus zu kompensieren, wird den Kantonen nämlich die Freiheit eingeräumt, ihre ordentlichen Gewinnsteuersätze für alle Unternehmen zu reduzieren. Manche haben das bereits getan, andere werden folgen: Dieser Steuerwettbewerb wird zu erheblichen Einnahmeverlusten für die öffentlichen Finanzen führen. Deshalb haben Gewerkschaften und linke Parteien das Referendum gegen das Projekt ergriffen. Im Februar 2017 wird darüber abgestimmt.

### Nötig ist ein Kurswechsel

Mangels konkreter Zahlen zur Herkunft von in der Schweiz deklarierten Gewinnen ist schwer abzuschätzen, welche Alternative für die Länder des Südens das grössere Übel ist – der Status quo oder die Reform, gegen die nun das Referendum ergriffen wurde. In beiden Fällen wird es multinationalen Unternehmen erleichtert, ihre Erträge in den Ländern, in denen sie tätig sind, zu unterschlagen. Tatsache ist, dass das Parlament nach wie vor systematisch daran arbeitet, dass die Schweiz im tristen Schauspiel des internationalen Steuerwettbewerbs eine führende Rolle behält. Obwohl die Abschaffung des kantonalen Steuerstatus eine langjährige Forderung von Public Eye ist, muss die dritte Unternehmenssteuerreform in dieser Form abgelehnt werden: Es ist an der Zeit, endlich mit der Politik des Steuerkannibalismus zu brechen. ■

<sup>1</sup> Arthur D. Little: Headquarters on the Move, 2009, S. 7.

<sup>2</sup> EFD: Erläuternder Bericht zur Vernehmlassungsvorlage über das Bundesgesetz über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz, 19. 9. 2014, Anhang S. 1.

# «Es muss ein Mentalitätswandel stattfinden»

Der Ägypter Ayman Sabae hat zusammen mit Public Eye zu klinischen Versuchen in seinem Land geforscht. Mit seiner Arbeit versucht er Patientinnen und Patienten zu befähigen, das Gesundheitssystem aktiv zu verbessern.

INTERVIEW: TIMO KOLLBRUNNER

**Sie waren an unserer Recherche zu klinischen Versuchen von multinationalen Pharmafirmen in Ägypten beteiligt. Was haben Sie untersucht?**

Wir haben überprüft, was nach einem klinischen Versuch geschieht. Konkret: ob die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch nach Beendigung der klinischen Versuche weiterbetreut werden. Und ob die Medikamente, die in Ägypten getestet werden, dort auch tatsächlich auf den Markt kommen, wie es die internationalen ethischen Regeln verlangen.

**Und was haben Sie herausgefunden?**

Systematische Nachbehandlungen von Teilnehmenden gibt es kaum, und auch die breite Bevölkerung profitiert fast nie. Wir haben 24 Medikamente untersucht. Über ein Drittel davon wurde in Ägypten – anders als in den USA, in der EU oder in der Schweiz – nie zugelassen. Und manche der zugelassenen Medikamente kosten mehr als das 20-fache des gesetzlichen monatlichen Mindestlohns. Wer soll sich das leisten können?

**Sind die meisten Ägypterinnen und Ägypter nicht krankenversichert?**

Offiziell haben 54 Prozent der Bevölkerung eine Krankenversicherung, aber genutzt wird sie nur von wenigen, weil die administrativen Hürden dermassen hoch sind. Tatsächlich werden über 70 Prozent aller Gesundheitskosten aus der eigenen Tasche bezahlt. Unvorhergesehene Gesund-

heitsausgaben sind die häufigste Ursache, warum Familien unter die Armutsgrenze fallen. In einem solchen Umfeld sind klinische Versuche sehr heikel: Es liegt auf der Hand, dass viele Personen an diesen teilnehmen, weil sie keine andere Möglichkeit haben, an die Medikamente zu kommen.

**Würden Sie selbst je in Ägypten an einem klinischen Versuch teilnehmen?**

Ich bin nicht grundsätzlich gegen Medikamententests. Aber ich möchte nicht teilnehmen müssen, weil ich mir die sichere Standardtherapie nicht leisten kann. Und ich möchte genau darüber informiert werden, welche Nebenwirkungen ich befürchten muss, wie die Erfolgsquote eingeschätzt wird, ob ich nach dem Versuch weiter behandelt werde und so weiter. All das war in den von uns untersuchten klinischen Versuchen zu oft nicht der Fall.

**Gab es in Ägypten Reaktionen nach der Veröffentlichung unseres Berichts?**

Ja, heftige sogar. Als er auf Englisch herauskam, hat ihn irgendjemand auf Facebook geteilt. Dann ging es los. Es wurde viel geschrieben, auch übertrieben und verzerrt. Es hiess, Ägypterinnen und Ägypter seien die neuen Versuchskaninchen der Pharmaindustrie. Manche Leute verlangten, die Regierung, die so etwas zulasse, müsse zurücktreten. Wir haben versucht, so präzise wie möglich zu informieren und die Wogen etwas zu glätten.

### Hat man in Ägypten bisher nie über klinische Versuche gesprochen?

Nein, in der breiten Öffentlichkeit kaum. Bisher standen in Ägypten andere Gesundheitsthemen im Vordergrund. Eben etwa die hohen Preise der Medikamente, oder die Schwierigkeit, überhaupt an medizinische Behandlung zu kommen, besonders in ländlichen Gebieten. Manche Dörfer haben zwar Spitäler, aber es gibt dort gar keine Ärztinnen oder Ärzte. Doch unser Gesundheitssystem ist ganz grundsätzlich falsch konzipiert.

### Inwiefern?

Meiner Meinung nach ist das Hauptproblem, dass es sehr zentralisiert und sehr stark Top Down organisiert ist. Alles beginnt beim Gesundheitsminister, und der hat in den letzten Jahren alle paar Monate gewechselt. Es gibt keine Kontinuität, und die Patientinnen und Patienten kommen ganz am Ende der Kette. Da muss ein Mentalitätswechsel stattfinden. Die Patientenbedürfnisse müssen im Zentrum der Gesundheitsversorgung stehen.

### Wie kann ihre Position gestärkt werden?

Sie müssen informiert sein und sich organisieren, um das Gesundheitssystem in die Verantwortung nehmen zu können. Wir versuchen, ihnen Werkzeuge an die Hand zu geben, damit das besser gelingt.

### Zum Beispiel?

Eines unserer neusten Projekte ist ein Online-Evaluationssystem für Spitäler, damit sich Patientinnen und Patienten informieren können, in welchem Spital was angeboten und wo seriös gearbeitet wird. Und indem wir diese Öffentlichkeit schaffen, bringen wir die Spitäler hoffentlich auch dazu, dringend nötige Verbesserungen vorzunehmen.

### Sie haben kürzlich 10 000 Ägypterinnen und Ägypter befragt, welche Rechte sie in einer Charta der Patientenrechte verbrieft sehen möchten. Was war den Befragten besonders wichtig?

Vieles, was nun in der Charta steht, müsste selbstverständlich sein, ist es aber nicht. Das Recht auf informierte Einwilligung vor einer Behandlung etwa. Oder das Recht, ohne vorherige Bezahlung von einer Ambulanz abgeholt zu werden. Ein Punkt jedoch war vielen der Befragten besonders wichtig: dass sie menschlich behandelt werden. ■

Ayman Sabae, 32, hat in Kairo Medizin und in Innsbruck International Healthcare Systems Management studiert und arbeitet heute bei der Egyptian Initiative for Personal Rights (EIPR) und deren Partnerorganisation Shamseya an einer Verbesserung des ägyptischen Gesundheitssystems.

## Unsere Recherche

Zusammen mit Partnerorganisationen hat Public Eye im Sommer die Resultate einer Recherche veröffentlicht, die zeigt, wie die Pharmamultis – darunter die Basler Firmen Roche und Novartis – bei Medikamententests in Ägypten gegen internationale ethische Richtlinien verstossen.

Informationen zur Recherche finden Sie auf [www.publiceye.ch/klinischeversuche](http://www.publiceye.ch/klinischeversuche)



# Dringliches Thema kommt auf die Agenda

An einer internationalen Konferenz von Health Action International (HAI) und Public Eye tauschten sich in Genf namhafte Expertinnen und Experten zur ethischen Problematik von klinischen Versuchen aus.

Die «Salle communale du Môle» in Genf war voll an diesem Freitag Ende September, die Schar der Rednerinnen und Redner illustre und international. Das Thema: klinische Versuche. Wie kann dafür gesorgt werden, dass bei Medikamententests in armen Ländern ethische Grundsätze respektiert werden? Mit welchen Mitteln lässt sich mehr Transparenz herstellen und etwa verhindern, dass negativ verlaufende Versuche gar nicht erst öffentlich gemacht werden? Wie können ausbeuterische, schlecht konzipierte oder schlicht unnütze Versuche unterbunden werden? Und wie kann sichergestellt werden, dass bei medizinischen Tests die gesundheitlichen Bedürfnisse und nicht die möglichen Profite im Vordergrund stehen?

Solche Fragen würden noch zu selten öffentlich diskutiert, sagte Patrick Durisch, Gesundheitsexperte von Public Eye, weshalb man diesem «wichtigen» und «komplexen» Thema eine ganztägige Konferenz widme.

## Kein fairer Deal

Klinische Versuche finden immer häufiger in Entwicklungs- und Schwellenländern statt, in denen es oftmals am Zugang zur Gesundheitsversorgung ebenso mangelt wie an stringenter gesetzlicher Regulierungen – was unter anderem die Gefahr mit sich

bringt, dass Menschen aus Not an Versuchen teilnehmen oder dass die breite Gesellschaft schliesslich nicht von diesen profitiert. «Ob in einem wohlhabenden oder in einem armen Land, die Regeln sind dieselben: Es geht um einen fairen Deal», sagte die Ethikprofessorin Samia Hurst von der Universität Genf. Wenn etwa ein getestetes Medikament im Testland schliesslich gar nicht auf den Markt komme oder so teuer verkauft werde, dass es sich kaum jemand leisten könne, sei das nicht fair.

## Volle Transparenz gefordert

Doch wer stellt sicher, dass klinische Versuche im Ausland, die zur Zulassung von Medikamenten in der Schweiz dienen, keine ethischen Richtlinien verletzen? Françoise Jaquet von der Schweizerischen Arzneimittelbehörde Swissmedic, die überprüfen müsste, ob Tests von «Schweizer» Medikamenten unter korrekten Bedingungen durchgeführt werden, benannte ein grundlegendes Problem gleich selbst: «Wir dürfen keine Inspektionen klinischer Versuche im Ausland vornehmen.» Bald werde dies rechtlich möglich sein, entgegnete Patrick Durisch, und dann stehe Swissmedic auch in der Pflicht, es zu tun.

Intensiv diskutiert wurden die oft mangelhaften und selektiven Daten, die zu klinischen Versuchen kommuniziert werden. Volle Transparenz über klinische Versuche sollte «die Regel und nicht die Ausnahme sein», forderte Patrick Durisch – und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Konferenz als ein «Weckruf für stringenter Regulierungen von klinischen Versuchen» diene. ■



# Wechsel in der Geschäftsleitung



Diesen August ist unser Geschäftsführer Alfred Fritschi in Pension gegangen. Er war im September 2012, kurz nach der Zusammenlegung unserer beiden Geschäftsstellen, zum ersten Geschäftsführer gewählt worden. Alfred Fritschi hat sich insbesondere dafür eingesetzt, dass das Selbstverständnis einer nationalen Organisation über die Sprachgrenzen hinweg zu einer täglich gelebten Realität wurde. Zudem hat er unseren Namenswechsel zu Public Eye mit Überzeugung vertreten. Wir bedanken uns nochmals herzlich für sein grosses Engagement!

Mit diesem Abgang haben wir uns entschieden, für unsere operative Führung eine kollektive, vierköpfige Geschäftsleitung einzusetzen, in der die bisherigen Mitglieder Marion Graber, Andreas Missbach und Géraldine Viret vertreten sind. Als vierte Person in der Geschäftsleitung hat der Vorstand nach einer öffentlichen Ausschreibung Christa Luginbühl gewählt. Sie übernimmt die Fachleitung für die Themen Konsum, Landwirtschaft und Gesundheit. Ihr Name ist Ihnen sicherlich bekannt: Seit 2008 war Christa Luginbühl innerhalb unserer Organisation für die Clean Clothes Campaign (CCC) verantwortlich.

Christa Luginbühl verfügt nach fast zwanzig Jahren im NGO-Sektor und Weiterbildungen in «NGO-Management», «Entwicklung und Zusammenarbeit» sowie «Gender, Justice, Globalisation» nicht nur über breite thematisch-politische Kenntnisse, sondern auch über eine grosse Erfahrung in Kampagnenarbeit. Wir heissen sie in ihrer neuen Funktion herzlich willkommen!

Géraldine Viret



# Orientierung im Label-Dschungel

Die Textilindustrie hat eine äusserst komplexe Lieferkette. Bis heute gibt es daher auch kein Label, das umfassend und glaubwürdig die gesamte Lieferkette beurteilen und damit eine sozial- und umweltverträgliche Kleiderproduktion garantieren kann. Labels können dennoch eine Hilfe sein, wenn Konsumierende wissen, welche Aspekte abgedeckt und wie diese überprüft werden.

Der neue Flyer von Public Eye bietet Orientierung im Label-Dschungel – gratis bestellbar mit der beiliegenden Antwortkarte oder online unter [www.publiceye.ch/shop](http://www.publiceye.ch/shop)

## Public Eye

## Ein sinnvolles Geschenk

### Verschenken Sie jemandem eine Mitgliedschaft!

Unsere Mitglieder sind die Basis für unsere Arbeit. Sie ermöglichen es Public Eye, aktiv zu werden und unabhängig zu bleiben. Je grösser unsere Mitgliederbasis, desto eher finden unsere Anliegen Gehör. Deshalb bitten wir Sie heute um Ihre Unterstützung: Schenken Sie jemandem für ein Jahr eine Mitgliedschaft bei Public Eye!

### Oder machen Sie Ihre Freunde mit uns vertraut.

Sie möchten nicht gleich eine Mitgliedschaft verschenken, haben aber Personen in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis, die sich für die Anliegen von Public Eye interessieren könnten? Machen Sie sie mit uns bekannt: Zur Probe erhalten sie drei Ausgaben des Public Eye Magazins. Danach entscheiden sie selbst, ob sie uns unterstützen wollen oder nicht.

Füllen Sie bitte die beigelegte Antwortkarte aus oder verschenken Sie eine Mitgliedschaft auf [www.publiceye.ch/schenken](http://www.publiceye.ch/schenken)

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye, bis anhin die Erklärung von Bern, ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen. Wirtschaftlicher Profit darf nicht auf Kosten von Menschen in andern Ländern gehen. Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Globale  
Gerechtigkeit  
beginnt bei uns

## Public Eye

Erklärung von Bern

[www.publiceye.ch](http://www.publiceye.ch)  [@publiceye\\_ch](https://twitter.com/publiceye_ch)  [www.facebook.com/publiceye.ch](https://www.facebook.com/publiceye.ch)

Engagement





Nicht frankieren  
Ne pas affranchir  
Non affrancare

Globale  
Gerechtigkeit  
beginnt bei uns  
**Public Eye**

 Erklärung von Bern

Public Eye  
Postfach  
8021 Zürich



 Erklärung von Bern

**Danke für die Unterstützung!**

Meine Adressangaben:  Frau  Herr

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nr \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_



Nicht frankieren  
Ne pas affranchir  
Non affrancare

Public Eye  
Postfach  
8021 Zürich

**Dieser Person möchte ich eine Mitgliedschaft schenken /Public Eye weiterempfehlen:**

Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Herr	Jahrgang
Strasse/Nr	PLZ/Ort
E-Mail	Telefon

**Ich möchte eine Public Eye-Mitgliedschaft verschenken.**

- Reguläre Mitgliedschaft (CHF 60)
- Jugendmitgliedschaft (bis 26 Jahre: CHF 30)
- Ich möchte die Geschenkmithliedschaft selbst übergeben,  
bitte schicken Sie mir den Begrüssungsbrief zu.
- Schicken Sie den Brief direkt an den Beschenkten/die Beschenkte.

**Ich möchte Public Eye weiterempfehlen.**

Die Person erhält drei Ausgaben des Public Eye Magazins.

**Bitte vergessen Sie nicht, Ihre eigene Adresse auf der Rückseite anzugeben.**

**Ich möchte etwas bestellen und/oder Mitglied werden.**

Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Herr	Jahrgang
Strasse/Nr	PLZ/Ort
E-Mail	Telefon

**Ich bestelle**

- \_\_\_\_\_ Ex. des Buches «Konzerne unter Beobachtung» (CHF 29/22 für Mitglieder)
- \_\_\_\_\_ Ex. des Flyers «Orientierung im Label-Dschungel» (gratis)
- \_\_\_\_\_ Ex. des Flyers «Wo drückt der Schuh» (gratis)

**Ich möchte Mitglied von Public Eye werden.**

Mitgliederbeitrag CHF 60 pro Jahr (inklusive Abonnement Public Eye Magazin)

**Ich möchte mehr über Public Eye erfahren.**

Bitte schicken Sie mir drei Ausgaben des Public Eye Magazins.

